



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Geyer, Albin: Österreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Österreich

Von Albin Geyer



an redet so oft von dem Gegensatz der Nationalitäten in Österreich als dem Grundübel der dortigen Zustände; in der That ist er das Grundübel, zugleich aber auch die Grundlage der Existenz für Österreich. Diese nationale Buntheit, diese ethnographischen Gegensätze erhalten die österreichische Monarchie in ihrem Bestande, sind freilich auch allem äußern Anschein nach für sie ein Hindernis, sich über gewisse chaotische und zum großen Teile heillos verfahrne Verhältnisse zu erheben. Dem ferner stehenden Beobachter mögen diese Zustände als vollkommen haltlos erscheinen, aber sie sind es in Wirklichkeit nicht; nur macht es ganz besondere Schwierigkeiten, namentlich in einer Zeit, wo die Lehre vom Rechte der Nationalitäten die Völker berauscht, ein Reich zusammenzuhalten, das von nahezu vierzig Haupt- und unzähligen Nebensprachgrenzen durchschnitten wird. Aber die Bildung der österreichischen Monarchie in ihrer Hauptmasse ist durchaus nicht künstlich und unnatürlich, wie man vielfach außerhalb Österreichs anzunehmen beliebt. Die zumeist parteilichen Schilderungen in den Blättern, die ausschließlich vom nationalen Standpunkt aus fast allein das Trennende, die tiefen Unterschiede der Rassen und Sprachen sowie der Lebensgewohnheiten betonen, müssen in allen, denen eine andre Gelegenheit abgeht, sich ein eignes Urtheil zu verschaffen, die Meinung erwecken, als hätte man da ein Doppelreich, ja ein Dreireich vor sich, das in sich selbst die Bedingungen des Auseinanderfallens, der politischen Störung trage. Viele nationalen Schwarmgeister in Österreich selbst und zahlreiche Leute in den Nachbarländern, auch in Deutschland, die sich von ähnlichen Anschauungen leiten lassen, sind derselben Meinung und warten schon auf die Stunde, wo sich der vermutete Prozeß vollziehen müsse.

Wir haben niemals an einen Zerfall Österreichs, am wenigsten einen nahe bevorstehenden, geglaubt. Wie Treitschke, der entschiedenste Gegner einer habsburgischen Hegemonie in Deutschland, schon vor vierzig Jahren schrieb, wäre ein solches Ereignis „die furchtbarste Revolution, die dieser Weltteil je gesehen, und der bisherige Gang der österreichischen Verhältnisse berechtigt niemand, es für wahrscheinlich zu halten.“ Das ist noch heute vollkommen wahr. That-

sächlich ist nun freilich der große Doppelstaat unter dem Geschlecht der Habsburger noch das ungelöste Problem aus einem Restbetrag der hier zur Erstarrung gelangten Völkerwanderung. Man mag es auch vom deutschen Standpunkt aus beklagen, daß den Deutschen im Süden die Germanisierung der östlichen Völkerschaften, wie sie im Norden geglückt ist, nicht gelang, vielleicht konnte sie bei dem Maße der den Deutschen und den Fremden dort zu Gebote stehenden politischen Kräfte nicht geschehn, kurzum heute haust in dem weiten Donaugebiete, ähnlich wie auf der Balkanhalbinsel, ein buntes Völkergemisch, kein Volk darunter stark genug, sich abzusondern und die andern zu verschlingen, und darum allesamt darauf angewiesen, sich friedlich zu vertragen. Damit scheint es freilich augenblicklich sehr windig auszufehen. Aber was wollen drei, vier Jahrzehnte verfehlter Politik (seit dem Verluste der italienischen Provinzen und der Lostrennung von Deutschland) für ein altes Staatengebilde bedeuten? Deutschland hat sich nach einem jahrhundertlang dauernden Unglück doch wieder zu dem mächtigen Zentralstaate zusammengefunden, und wenn man das ausschließlich auf die Einheit der Nation schieben wollte, so würde man einen schweren Irrtum begehn. Fassen wir dem gegenüber den Widerstreit der Nationalitäten in Österreich von dem Standpunkt einer allgemeinen philosophischen Politik, so bezeichnet er eine Entwicklungsstufe, die vor der liegt, die wir als die eines Staates zu betrachten gewöhnt sind. Österreich ist eigentlich noch kein Staat, sondern nur ein Reich, worin allerdings die staatenbildenden Tendenzen rege geworden sind und zum Teil mächtig gegen einander wogen. Darum aber hauptsächlich — und nicht etwa zunächst infolge des in unsern Tagen überall geschärften nationalen Bewußtseins — strebt in Österreich jede, auch die unbedeutendste Nationalität danach, mehr in den Mittelpunkt des Ganzen zu treten und als dessen Kern zu erscheinen, um den sich die übrigen Völkerschaften herumlegen und so allmählich alle zu einer Einheit verbunden werden sollen. Eigentlich zentrifugale Tendenzen sind doch nur in einem Teile der österreichischen Italiener und der ungarischen Rumänen, neuerdings auch bei den der großpolnischen Idee wieder nachjagenden Galiziern zu bemerken. Die „Hohenzollerngelüste“ der Schönereianer nimmt innerhalb wie außerhalb Österreichs niemand für ernst. In dem feindlichen Widerstreben der Nationen gegeneinander liegt demnach auch noch keine Ursache für den möglichen Zerfall Österreichs.

Staatspolitisch aufgefaßt stellt das heutige Österreich im wesentlichen ungefähr noch den Zustand dar, der in Frankreich vor Ludwig XI., in Preußen vor dem Großen Kurfürsten bestand. Diese Länder haben seitdem eine lange Entwicklung der absoluten und der bürokratischen Monarchie durchlaufen, sind dadurch innerlich geeinigt worden und sind mit einem Worte wirkliche Staaten; der Franzose ist in jedem Falle Franzose, der Preuße fühlt sich zu allererst als Preuße. Offenbar kann erst dann von einer Staatsverfassung die Rede sein, wenn man es zu einem wirklichen Staate gebracht hat. In Österreich könnte somit eigentlich nur eine Reichsverfassung am Platze sein. Aber eine solche muß den Dienst versagen in einer Zeit, die längst den Staat als die für das Leben der Völker geeignetste Form erkannt hat. Auch Öster-

reich hat einen ziemlichen Zeitraum des absolutistischen und des bureaukratischen monarchischen Regiments hinter sich, doch hat seine Dauer offenbar nicht genügt, ein einheitliches Staatsbewußtsein zu schaffen. Österreichisch — mit Ausnahme der oben erwähnten irredentistischen Tendenzen — und monarchisch denken wohl alle, mindestens in gleichem Maße wie in den Nachbarländern, aber einheitlich fühlen und denken lernen hat man nicht, weil zu keiner Zeit eine sich gleichbleibende Regierungsform bestanden hat, die erziehend auf das bunte Völkergemisch hätte wirken können. Man wird dagegen einwenden: Hat es je eine starrere, geschlosseneren Regierungsform gegeben als die Metternichsche, die über ein Menschenalter bestand? Gewiß, es war ein großer Gedanke, eines Staatsmanns und eines Großstaats würdig, ein geographisch wohl abgerundetes Reich zusammenzuhalten, zugleich Deutschland zu beherrschen und die Oberhoheit in Italien zu behaupten. Die Idee war gewaltig, vielleicht zu groß, und der junge, staatsmännisch begabte Friedrich von Gagern schrieb darum schon vor achtzig Jahren seinem Vater, dieses Programm sei rein defensiv, und Österreich könne in Zukunft nur verlieren. Der Verlauf der politischen Ereignisse hat ihm Recht gegeben; vielleicht kannte er die rein defensive Natur Metternichs und des österreichischen Staates nur zu gut. Aber es brauchte wohl nicht so zu kommen. Freilich, um ein so hohes Ziel zu erreichen, mußte man alle positiven Kräfte des Staates mächtig entwickeln, die beiden Nationen des Reiches mit alter Kultur, Deutsche und Italiener, zur höchsten Blüte zu bringen suchen, das wirtschaftliche Leben des Staates heben und die Finanzen kräftigen. Von alledem ist bekanntlich unter Metternich genau das Gegenteil geschehn. Aus Furcht vor dem Aufstreben der Völker wurde jede Regung des öffentlichen Geistes niedergehalten, namentlich für die Deutschen geschah gar nichts, eher förderte man slawische und magyarische Bestrebungen oder ließ sie wenigstens aufkommen; die wirtschaftliche Entwicklung wurde unter der beschränkendsten Vormundschaft gehalten und dazu eine so heillose Finanzwirtschaft samt der allemal damit eng zusammenhängenden Bestechlichkeit getrieben, daß die Kräfte des Staates bei jeder ernststen Entscheidung, die an ihn herantrat, versagen mußten. In kurzen Schlägen wurde der österreichische Einfluß aus Deutschland und Italien entscheidend hinausgeworfen, das Staatsprogramm Metternichs, dessen Regierungsgrundsätze längst schon zusammengebrochen waren, hatte ausgelebt und ließ als Nachwehen nur allgemeines Unbehagen und tiefe Unzufriedenheit, Gefühle der Demütigung und des Neides zurück.

Man hat nie etwas für die Belebung einer Staatsidee in Österreich gethan, auch nach Metternich nicht; aber wenn man genauer zusieht, darf man sagen: es ist in Österreich überhaupt niemals regiert worden, sondern man hat sich von den Ereignissen treiben lassen, Formen und Personen verbraucht, ohne die geringste leitende Idee, und ist nun scheinbar bei einem Chaos angekommen, dem allerlei politische Katastrophen zuzutrauen wären, wenn sich nicht die zusammenhaltenden Fäden stärker erwiesen, als die zerstörenden Nachwirkungen eines prinzipien- und thatenlosen Regiments. Namentlich seitdem Österreich den Versuch gemacht hat, ein Verfassungsstaat zu werden, ist es in einem unaufhörlichen Schwanken und Experimentieren begriffen, ganz im Gegen-

sätze zu seiner Vergangenheit, deren hervorragende Eigentümlichkeit die Unbeweglichkeit war, wo wie nach außen, so auch im Innern alles in den einmal eingeschlagenen Bahnen fortlaufen sollte. Diese Unbeweglichkeit hat nun seit beinahe einem halben Jahrhundert einem steten Wechsel der Personen und Regierungsformen, einer fieberhaften Hast, immer wieder etwas neues in Szene zu setzen, weichen müssen. So sind seinerzeit das Septemberpatent, das Oktoberdiplom, das Februarpatent aus dem Nichts erschaffen, fertig wie aus Jupiters Haupt hervorgetreten, aber ebenso wieder in nichts zusammengesunken, indem sie alle gleichmäßig nur die eine Spur hinter sich zurückgelassen haben, die Verwirrung noch schlimmer, noch unentwirrbarer zu machen. Schließlich ist man nach 1866 beim Dualismus angekommen, der ja seitdem seinen Bestand behauptet hat, aber auch nur, weil man Änderungen aus Furcht vor den Magyaren vermied. Statt dessen hat man namentlich in Österreich einen fortwährenden Wechsel in den leitenden Persönlichkeiten beobachten können, der aber auch das rettende Rezept nicht zu Tage gefördert, sondern die Unklarheit noch vergrößert hat. Diese Methode der Regierenden hat Macheiferer gefunden auch außerhalb der maßgebenden Kreise, und an allen Straßenecken der Journalistik und politischen Publizistik preisen dilettierende Staatsmänner ihre natürlich „unfehlbaren“ Rettungspläne für Österreich an. Sie übersehen nur eines: daß in Österreich auch der vollkommenste Rettungsplan nichts helfen kann, solange man nicht bei ihm bleiben, sondern ihn verwerfen wird, sobald sich die ersten Schwierigkeiten zeigen, und alsbald zu einem neuen übergeht. Wie ich schon bemerkt habe, regiert man eben in Österreich nicht, sondern lebt, oben wie unten, noch in dem vormärzlichen Ideenkreise, wonach es irgend eine verfassungsmäßige Staatsform geben müsse, die ohne alles weitere Zuthun die Länder glücklich und die Völker zufrieden machen werde. Der Erkenntnis und politischen Erfahrung, daß es nahezu gleichgiltig ist, welcher Wortlaut in Gesetzen und Verfassungen enthalten ist, wenn sie nur sonst vernünftig, gerecht und energisch gehandhabt und ausgelegt werden, hält man sich fern, weil eben politisch theoretisieren und experimentieren viel leichter ist als regieren. Es ist aber ganz gut möglich, allein durch richtige Anwendung der bestehenden Verfassung die Lösung aller brennenden innern Streitfragen in Österreich, sowohl der Völker als der Länder, durchzuführen, man muß aber regieren wollen und es auch ein wenig verstehn. Schon die kurze Regierungszeit des Ministeriums Körber zeigt, daß es gehn würde. Freilich kann in Österreich niemand wissen, ob er nicht morgens früh mit einem andern Ministerium aufwacht, als mit dem er sich gestern schlafen legte.

Wie heute die Sachen stehn, denkt keine einzige der österreichischen Nationen daran, irgend eine ihrer Sonderinteressen der Verwirklichung und Kräftigung der Staatsidee zum Opfer zu bringen. So stellt sich allerdings jedem Regenten und jedem Staatsmann in der Aufgabe, die er zu lösen hat, eine Art von Schraube ohne Ende dar: regieren sie, wie es das Vernünftigste zu sein scheint, absolutistisch-zentralisierend, so erfahren sie den heftigsten Widerstand von der föderalistischen Seite; wollten sie sich aber damit begnügen, die einzelnen „Kronländer“ nur in einem Unionsverhältnis zu einander zu halten, so

würden sie schlechterdings außer Stande sein, neben den einheitlich zusammengefaßten Staaten rings um Österreich zu irgend welcher Geltung zu bringen. Man hat darum auch, außer in der kurzen Hohentwartschen Periode während des deutsch-französischen Krieges, niemals wieder einen Experimentversuch nach der föderalistischen Richtung hin unternommen.

Merkwürdig genug sind in der ganzen Verfassungszeit in Österreich der Batsche Absolutismus und die zentralisierende Regierung von Schmerling noch immer die Episoden, die als die fruchtbringendsten bezeichnet zu werden verdienen, und wenn auch die damals herrschenden Grundsätze keineswegs unsere Billigung finden können, so waren doch wenigstens leitende Gedanken vorhanden. Als man zur konstitutionellen Verfassung überging, hoffte man, auf diesem Wege mit einem mal über alle Schwierigkeiten hinauszukommen, indem man den Völkern alle Vorteile des Staates zuzuführen und sie zugleich von der Belästigung durch die nationalen Sonderinteressen zu befreien glaubte. In der That wurde damit jedem Interesse der Weg geöffnet, zur Geltung zu gelangen. Man hatte nur die Hauptsache dabei vergessen, daß nämlich die alle Sonderinteressen ausgleichende Kraft der Staatsbildung ihre Wirkung an den Völkern Österreichs noch nicht hinreichend gethan hatte, und daß dieserhalb eine umso energischere und umsichtiger Thätigkeit der Staatsgewalt nötig gewesen wäre, mäßigend und vermittelnd zu wirken, sowie dem Staatsinteresse den ihm gebührenden Raum zu verschaffen. Daß eigentlich keine österreichische Regierung nach dieser Richtung hin ihre Aufgabe erkannt und erfüllt hat, lehrt die Geschichte jeden Tages der letzten vierzig Jahre. Unter diesen Verhältnissen mußte sich natürlich der österreichische Konstitutionalismus, wie kein anderer auf dem Kontinent, als arbeitsunfähig erweisen. Dazu traten noch die besondern Umstände, die in der persönlichen Stellung des Monarchen, der Wahl der Regierungsorgane, nicht minder aber in der Haltung der Reichsratsabgeordneten wurzelten und alle nicht geeignet waren, die Dinge in ein besseres Geleise zu bringen.

Die Schmerlingsche Zeit war die letzte, wo noch staatsmännische leitende Ideen vorhanden waren. Was Schmerling allen gleichmäßig wert machte, war seine auswärtige Politik: er sollte den wuchtigsten Stoß gegen die verhasste preußische Macht führen, die Reform Deutschlands in die Hand nehmen und somit die deutsche Mission Österreichs erfüllen. Außerdem galt Schmerling vielen als der wahre Hort der Völker unter dem habsburgischen Szepter, den Ländern der ungarischen Krone erschien er als der Vorkämpfer ihres nationalen Rechts wider die Ansprüche der Magyaren, andern als der Schirmer der Einheit und der Macht des Reiches, und wieder andern endlich als Vertreter und Beförderer aller geistigen und Kulturinteressen. Aber wer viel von diesem Manne erwartet hatte, sah sich nach einiger Zeit völlig enttäuscht. Mit seiner deutschen Politik machte er glänzend Fiasko, sein Liberalismus und seine konstitutionellen Neigungen erwiesen sich vielfach als bloße Koketterie, als die Täuschung der vierziger Jahre, die jeder liberalen Verfassung aus sich selbst heraus segensbringende Wirkungen beilegte, sodaß man eine solche nur walten zu lassen brauche. So erschien auch als das Bedenklichste an der Schmerlingschen Ver-

waltung seine unüberwindliche Arbeitsfurcht, die auch den brennendsten Fragen gegenüber zu keiner energischen Thätigkeit gelangen konnte. Je mehr er dem Grundsatz huldbigte: Wir können warten, desto eifriger rührten sich seine Gegner; namentlich erstanden die Anhänger der historisch-politischen Individualitäten im Reiche wieder. Am schärfsten tritt die verderbliche Unthätigkeit Schmerlings bei der Behandlung der ungarischen Frage ans Licht. Damals lagen die Verhältnisse in Ungarn selbst so vorteilhaft wie möglich; denn dort waren die Parteien seit der Auflösung des ungarischen Reichstages 1861 im vollsten Unfrieden, keine wollte das Mißlingen der nationalen Sache verursacht haben, jede maß der andern die Schuld bei. Diesen Augenblick hätte aber eine energische Regierung ausnützen müssen, umso mehr als es im Mittelstande sehr viele gab, die die allgemeinen politischen Interessen über die Schwärmerei für die nationale Idee des Magyarentums zu stellen bereit waren. Nun verstand sich doch von selbst, daß eine Regierung, die Österreich zum konstitutionellen Staate, also zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzufassen trachtete, mit allen Kräften danach streben mußte, das größte Hindernis der Einheit, die mit zäher Ausdauer behauptete Sonderstellung Ungarns, so zu wenden, daß sie sich in das allgemeine Staatsinteresse einfügte. Wir wollen nicht heute, nach vierzig Jahren, behaupten, daß dieser Versuch hätte gelingen müssen, aber wenn auch die Umstände ein solches Vorhaben nicht begünstigt hätten, so mußte wenigstens seine Ausführung versucht werden. Da die Schmerlingsche Regierung das unterließ, so kamen die ungarischen Altkonservativen wieder zu Einfluß, und der Dualismus in Österreich erhielt in dem an Schmerlings Stelle tretenden Ministerium Belcredi-Majlath eigentlich zum erstenmal offizielle Geltung, die sich nach der Katastrophe von 1866 nahezu im Handumdrehen zur festen Staatseinrichtung entwickelte.

Wir haben der Schmerlingschen Zeit eine ausgedehntere Betrachtung gewidmet, als es vielleicht manchem nötig erscheinen könnte: aber sie ist so recht belehrend für das innere Wesen der österreichischen Verhältnisse, sie ist auch in Deutschland noch allgemein verständlich und in Erinnerung, außerdem läßt sich an ihr und an den in ihr zu Tage tretenden Erscheinungen alles Nachfolgende ohne weiteres leicht erklären. Es gab damals äußere und innere leitende Staatsideen: die äußere war, die einstige habsburgische Kaisermacht in Deutschland wieder aufzurichten. Daß dies nach dem Verhalten des Kaiserhauses seit 1802 und namentlich nach der Entwicklung der deutschen Frage in den Jahren 1848/9 unmöglich sein würde, ließ sich keineswegs von vornherein erkennen, wenn es auch sicher schwieriger sein mußte, als man es sich in Wien vorstellte. Wie freilich einst Joseph II. geglaubt hatte, mit ultraliberalen Dekreten die langjährigen Regierungserfolge Friedrichs II. zu erreichen, wenn nicht zu überbieten, so vermeinte man jetzt dadurch, daß der Liberalismus Schmerlings die Bismarcksche „Reaktion“ überglänze, die ganze wirtschaftliche und nationale Arbeit Preußens wettgemacht zu haben, und war sogar bereit, den Ungarn weitere Zugeständnisse zu machen, als sonst irgend jemand in den Sinn gekommen wäre, wenn sie nur für die deutsche Kaiseridee zu gewinnen wären. Nach der militärischen Katastrophe ging man keineswegs von diesem

Gedanken ab, sondern hing ihm, jedoch ohne nach Art der Franzosen mit lauter Revanche zu drohen, um so eifriger nach. Die Berufung Beusts und die vollständige Kapitulation vor den Magyaren waren die Folgen davon.

Seit dieser Zeit ist die österreichische Monarchie mit dem unglückseligen Dualismus behaftet. Man war unter Beust sogar noch weiter gegangen und hatte in der Hohenwartschen Episode den Tschechen die Anerkennung des böhmischen Staatsrechts in Aussicht gestellt, um sie für die Revanche an Preußen zu begeistern. Die Ereignisse von 1870 machten alle diese Bestrebungen zu nichts; eine leitende Idee für die äußere österreichische Politik, die über die schlichteste Verteidigung des Bestehenden hinausginge, giebt es seitdem nicht mehr. Um so lebendiger sind die staatsbildnerischen Strömungen beflissen, im Innern neugestaltend aufzutreten, wo sich natürlich als politischer Knotenpunkt die neue Bildung des Dualismus in den Vordergrund schiebt, die aber außer den Ungarn niemand recht leiden mag. Dualismus wie Personalunion, die Verbindung zweier Leiber unter einem Haupt, geben an sich einen überaus künstlichen, schwer haltbaren Zustand; ein solches Verhältnis mag für die Herzogtümer Koburg und Gotha erträglich sein, besteht aber in Schweden und Norwegen, unter vergleichsweise sehr einfachen Verhältnissen, nur unter fortwährender Reibung und schwerer Anstrengung. Solche halbe und schiefe Verhältnisse können in einem Großstaate nicht lange dauern, weil sich immer das Streben nach straffer Einigung der innerlich verwandten und nach ehrlicher Trennung der innerlich verfeindeten Staatsteile geltend macht. Beide Strömungen treten sichtbar in Österreich hervor, kommen aber nicht vorwärts, weil ihnen die Regierung vollkommen teilnahmslos gegenüber steht, und ohne Unterstützung von dieser Seite keine der Nationen oder Parteien energisch und mächtig genug wäre, einen wesentlichen Einfluß zu äußern. Bisher haben die Magyaren den Vorteil davon gehabt. Sie steuerten 30 Prozent (neuerdings 34), Österreich aber 70 Prozent (66) zu den gemeinsamen Lasten bei, während der politische Einfluß, dank der Zerfahrenheit im deutsch-österreichischen Lager, genau im umgekehrten Verhältnis stand. Daß solche Zustände in einem Staate auf die Dauer nicht haltbar sind und nur so lange bestehen können, als sie den ausschlaggebenden Willen der Krone zur Stütze haben, liegt nahe genug. Kaiser Franz Joseph, bei dem die Erinnerungen von 1848 noch nachklingen, ist aber den Magyaren gegenüber immer streng „konstitutionell“ gewesen. Infolge dessen waren die Ansprüche der Ungarn mit den Jahren so ins Ungemessene gestiegen, daß die österreichischen Regierungen die Zustimmung einer Majorität des Abgeordnetenhauses zu ihren Vereinbarungen mit Ungarn nur durch große Zugeständnisse an die Parteien erlangen konnten. Die Badenischen Sprachenerlasse waren ein solches Zugeständnis, das wohl genügte, dem Ausgleich die tschechischen Stimmen, nicht aber die parlamentarische Genehmigung überhaupt zu sichern, da die aufs tiefste verletzten Deutschen die Arbeiten des Abgeordnetenhauses überhaupt unmöglich machten.

(Schluß folgt)

